

Nächster Anlauf für eine Maskenpflicht im Parlament

Durch eine Verfassungsänderung könnte ein Ordnungsgeld für Mandatare eingeführt werden

WIEN. Das leidige Thema einer Maskenpflicht für Mandatare könnte heute gelöst werden. Auf Initiative der SPÖ berieten gestern die Parlamentsfraktionen über eine etwaige Verfassungsänderung.

Die FP-Abgeordneten weigern sich mit Hinweis auf das freie Mandat beharrlich, eine Maske im Hohen Haus zu tragen. Eine entsprechende Änderung der Hausordnung des Parlaments wurde ignoriert. Zuletzt hatte dies sogar in der FPÖ zu Friktionen zwischen Parteichef Norbert Hofer und Klubobmann Herbert Kickl geführt.

Die ÖVP sprach sich für eine Reform der Geschäftsordnung des Nationalrats und des Bundesrats aus: Mandatare ohne Maske sollten

500 Euro Strafe zahlen. Eine Reform der Geschäftsordnung ist mit Zweidrittelmehrheit möglich, üblicherweise erfolgt sie aber im Einvernehmen aller Fraktionen.

Die SPÖ schlug gestern eine neue Variante vor: Das Maskengebot soll über eine bis 31. Juli befristete Verfassungsänderung eingeführt werden. Ausnahmen sollen etwa bei gesundheitlichen Gründen, Schwangerschaften, Redebeiträgen und für die Vorsitzführung gelten. Auch hier ist ein Ordnungsgeld von 500 Euro als Strafe vorgesehen. „Wenn es für die Bevölkerung eine Maskenpflicht mit Sanktionen gibt, dann muss diese auch für Politiker gelten“, sagte SP-Klubvize Jörg Leichtfried.



Immunität wurde aufgehoben. (APA)

Gestern wurde auf Hochtouren verhandelt, heute könnten SPÖ, ÖVP und Grüne einen Entwurf einbringen. Die Neos reagierten noch zögerlich. Parlamentarismus-Experte Werner Zögernitz zeigte sich skeptisch: „Eine Verfassungsänderung, die nur ein paar Wochen in

Kraft ist, ist eine Anlassgesetzgebung. Das sollte eigentlich die Ausnahme sein.“

Die FPÖ bleibt im Visier: Im zuständigen Ausschuss wurde Kickls Immunität aufgehoben. Er hatte sich am 6. März bei einer Coronademo nicht entsprechend an Abstands- und Maskenregeln gehalten. Der Wiener Magistrat stellte deshalb einen Antrag auf Auslieferung, es drohen bis zu 500 Euro Strafe. ÖVP und Grüne votierten für eine Aufhebung von Kickls Immunität. SPÖ, Neos und FPÖ stimmten dagegen, da das Verhalten des FP-Klubchefs in Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit erfolgt sei. Die FPÖ warf der Regierung Willkür vor. (gana)